

Dann werden muslimische Islamismus-Gegner einfach zu Nicht-Muslimen erklärt



Von **Frederik Schindler**
Politikredakteur

Stand: 28.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



WELT-Autor Frederik Schindler

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

Ein Imam behauptet, im Islamismus-Beraterkreis des Innenministeriums säßen „keine Muslime“ – die „Berliner Zeitung“ verbreitet die Lüge sogar. Mitglieder des Gremiums wie Ahmad Mansour erinnert das an eine Praxis, mit der Islamisten ihre muslimischen Kritiker zu „Ungläubigen“ erklären.

Im schwarz-roten Koalitionsvertrag ist die Erarbeitung eines Bund-Länder-Aktionsplans Islamismus-Bekämpfung vereinbart. Das Bundesinnenministerium hat dafür nun einen Beraterkreis einberufen.

Es gibt zahlreiche Themen, die das Gremium angehen kann: Islamistische Einflüsse an Schulen in Form von religiösem Mobbing, vor allem gegen säkulare Muslime; geschlechtergetrennte Veranstaltungen an Universitäten, die stärker werdende Präsenz von Kinderkopftüchern und Ganzkörperverschleierungen; soziale Räume, in denen konservativ-orthodoxe islamische Normen dominieren; Islamverbände, die von ausländischen Regierungen gesteuert oder islamistischen Mitgliedsorganisationen beeinflusst werden; Kalifatsdemonstrationen mit Tausenden Teilnehmern; die Verbreitung von Antisemitismus, Frauen- und Schwulenfeindlichkeit unter vielen Muslimen; mehrere vollendete und vereitelte Terroranschläge.

Schon vor der ersten Sitzung wird der Beraterkreis in Texten mehrerer Medien angegriffen. Die „taz“ (<https://taz.de/Schwarz-rote-Islampolitik/!6132425/>) behauptet, das Gremium sei mit „islamfeindlichen Forschern“ besetzt worden, es gehe „um hochumstrittene Personen“ wie die Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balci, die „gern markige Aussagen über Muslim*innen zum Besten“ gebe.

In einem Gastbeitrag in der „Berliner Zeitung“ (<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ueberholt-und-rueckwaertsgewandt-islampolitik-der-bundesregierung-steuert-in-die-falsche-richtung-li.10006993>) wurde sogar fälschlicherweise behauptet, in dem Gremium säßen „keine Muslime“. „Ausgerechnet jene, die man angeblich ‚schützen‘ möchte, sitzen nicht mit am Tisch – nämlich Muslime selbst“, hieß es in dem Text des islamischen Theologen Scharjil Khalid, Imam einer Ahmadiyya-Moschee in Berlin.

Keine Muslime? Wie kann es sein, dass die „Berliner Zeitung“ dies einfach ungeprüft veröffentlicht, obwohl mehrere Muslime in dem Gremium sitzen? Übrigens sogar weitaus mehr Muslime als in der „Taskforce Islamismusprävention“, die die vorherige Ministerin Nancy Faeser (SPD) eingesetzt hatte und nun abgelöst wird.

Aus Sicht des Theologen Khalid sind es offensichtlich die falschen Muslime, die die Bundesregierung nun beraten sollen. Es sind Muslime, die die Gefahren durch den politischen Islam erkannt haben und immer wieder deutlich benennen.

Darunter sind gleich drei Personen, die im Jahr 2015 das Muslimische Forum Deutschland mitgegründet hatten, einen Zusammenschluss von humanistisch orientierten Muslimen, die sich nicht von den konservativ-orthodoxen Islamverbänden repräsentiert fühlten: Mouhanad Khorchide, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster; der Psychologe Ahmad Mansour und die bereits erwähnte heutige Integrationsbeauftragte und Alevitin Güner Balci.

„Wir stehen für die Erziehung zum selbstbestimmten Leben, auch hinsichtlich Sexualität, und lehnen patriarchalische Strukturen ab“, hieß es in der damaligen Gründungserklärung. „Wir sind für die Trennung von Religion und Politik.“ Soll das etwa schon das „pauschale Misstrauen“ gegen Muslime sein, das die „selbst ernannten ‚Islamexperten‘“ des Gremiums angeblich verbreiten, wie Scharjil Khalid behauptet?

„Reproduziert genau das, was viele Islamisten machen“

Die vom Innenministerium berufenen Mitglieder des Beraterkreises zeigen sich ausgesprochen irritiert über die Zuschreibungen durch den Berliner Theologen. „Wenn ein Imam öffentlich suggeriert, Muslime seien in diesem Gremium nicht vertreten, gießt das Öl ins Feuer“, sagt mir Mouhanad Khorchide. „Solche Aussagen können fanatische Akteure als religiöse Legitimation verstehen, gerade die muslimischen Mitglieder des Beirats zur Zielscheibe zu machen.“

Gesprochen habe ich auch mit Ahmad Mansour. „Bedauerlicherweise spricht der Autor mehreren Personen pauschal das Muslimsein ab – eine Praxis, die jeder, der sich mit Islamismus auskennt, als hochproblematisch erkennt“, sagt er.

Ali Ertan Toprak, Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland, bezeichnet sich im Gegensatz zu vielen anderen Aleviten nicht als Muslim. „Ich sehe mich als Vertreter der Minderheiten aus den islamisch dominierten Ländern, die eine bittere Erfahrung mit dem Islamismus haben“, sagt er. „Der Autor der ‚Berliner Zeitung‘ reproduziert genau das, was viele Islamisten machen: Er erklärt unliebsame Menschen zu Ungläubigen und damit zum Freiwild.“

Güner Balci sagt mir, es sei Privatsache, wer sich aus dem Beraterkreis als muslimisch und nicht muslimisch verstehe. Und sie sagt: „Jeder, der nicht ins eigene Religionsverständnis passt, wird als abtrünnig, falsch, ungläubig erklärt. Wer meint, dass ein Beraterkreis zu islamischem Extremismus vor allem mit Menschen besetzt sein müsse, die ihre Religion nach außen leben und sich zunächst als Muslime und dann erst als Bürger definieren, hat grundlegende Pfeiler einer Demokratie nicht verstanden.“

Und der Autor Scharjil Khalid? Er bittet um Entschuldigung für vermeintliche Fehlinterpretationen und verweist darauf, dass die „Berliner Zeitung“ den Text nach der Veröffentlichung angepasst habe. Tatsächlich heißt es darin mittlerweile nicht mehr, es fänden sich „keine“, sondern „kaum Muslime“ in dem Gremium wieder. Ein Transparenzhinweis unter dem Text fehlt allerdings.

„Meine Kritik richtet sich an die politische Zusammensetzung und Ausrichtung des Gremiums, nicht an den Glauben einzelner Mitglieder“, teilt er mit. „Mir geht es darum, hervorzuheben, dass kein muslimischer Vertreter einer Gemeinschaft berufen wurde, sondern ausschließlich Einzelpersonen, die sowohl von vielen organisierten als auch säkularen Muslimen kritisch gesehen werden.“



Gerade von solchen Islamverbänden, die häufig reaktionäre Positionen befürworten und das Problem des Islamismus herunterspielen oder gar leugnen, fühlen sich viele Muslime – insbesondere Säkulare und Liberale – nicht vertreten. Sie prangern seit Langem an, dass diese Verbände sich als Repräsentanten des muslimischen Lebens in Deutschland etablieren konnten und von der Politik als legitime Vertreter empfangen wurden und weiterhin werden, etwa in der Deutschen Islamkonferenz.

Für eine Islampolitik, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt und sich gegen eine Zwangsvergemeinschaftung durch Islamisten und Muslimfeinde stellt, braucht es eine deutliche Positionierung sowohl beim Thema Rechtsextremismus als auch beim Thema Islamismus. Vielen der neuen Regierungsberater gelingt es, genau dies zu verbinden. Dass sie zukünftig Einfluss auf die Islampolitik nehmen können, ist eine gute Nachricht.

Politikredakteur Frederik Schindler (<https://www.welt.de/autor/frederik-schindler/>)
berichtet für WELT über die AfD, Islamismus, Antisemitismus und Justiz-Themen.
Zweiwöchentlich erscheint seine Kolumne „Gegenrede“.